

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Votales und Bronnialles Reich. Dr. Friedrich, für die Unterredaktionen: Rudolf Kohnst, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Berl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 80 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M., ohne Befehlgeb. Einzelne Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühren: Die Zeitschrift kostet 25 Pfennig, im Postamtliche Stelle 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5477. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 244.

Halle, Montag den 21. Oktober 1918.

2. Jahrgang.

## Die Antwort an Wilson abgegangen!

Auch am Sonnabend ist es noch nicht zur Fertigstellung und Abendung unserer Antwort an die Entente gekommen. Es waren im letzten Moment beim Ausdrucken des Amt Nachrichten aus dem Auslande eingetroffen, von denen man annahm, daß sie in der Antwortnote eine Berücksichtigung finden müßten. Wir kennen diese Nachrichten nicht und können deshalb auch nicht sagen, ob ihre Bedeutung so groß war, daß die außerordentlich bedauerliche Verspätung unserer Beantwortung der Wilsonschen Note rechtfertigt.

Am Sonntag morgen war der Wortlaut unserer Antwort endlich fertiggestellt. Unsere Note ist dann noch im Laufe des Sonntags abgegangen. Sie stellt sich als ein Brieflein der ehrlichen Friedensabsichten Wilsons dar. Sie ist nach Form und Inhalt geeignet, irgendwelcher Friedensbereitschaft Wilsons und seiner Verbündeten einen annehmbaren Verhandlungsumtergang zu bieten. Auf die neuen Fragen, die Wilson in seiner letzten Note gestellt hat, ist in einer Weise eingegangen worden, die auch von Wilson als entgegenkommen empfunden werden wird.

Aus Berlin wird weiter gemeldet: Die Parteiführer des Reichstages waren Sonntag mittags 12 Uhr zum gemeinsamen Besuche gekommen, um von der Antwort an Wilson in Kenntnis gesetzt zu werden. Da jedoch um diese Zeit erst der Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentrat, so mußte die Besprechung verschoben werden. Um 2 Uhr nachmittags versammelten sich dann die Parteiführer im kleinen Bundesratssaal des Reichstages. Es waren alle Fraktionen vertreten mit Ausnahme der Polen. An die Bekanntgabe des Textes durch Herrn v. Beyer schloß sich eine Aussprache, die bis gegen 3 Uhr dauerte. Die Besetzung der Note und die anschließende Aussprache waren vertraulich. Abends trat das Kriegskabinet nochmals zusammen.

Die Post schreibt: Der Abendung der Note hatten sich in letzter Stunde unerwartete Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Es hat sich gezeigt, daß die Annahme der 14 Punkte durch die deutsche Regierung in Dänemark und die eventuelle Räumung Belgiens in Holland politische Schritte ausgelöst hat. Eine nochmalige Durchberatung der Antwort wurde dadurch nötig.

Rafalanagaer: Die deutsche Note ist Sonntag spät abends nach der Schweiz abgegangen.

Wortwärts: Es steht fest, daß die Note entgegenkommend lautet und eine völlige Sinnesänderung der führenden Stellen gegen früher aufweist. Der neue deutsche Schritt wird für diejenigen jenseits der Grenze, die für einen Frieden der Verständigung und nationalitätlichen Strömungen begehren, eine wesentliche Erleichterung ihrer schweren Aufgabe bringen. Allerdings weisen verschiedene Angaben darauf hin, daß Wilson vor der Flut des machtpolitischen Chauvinismus zurückweicht.

## Wilson's Antwort nach Wien.

Der Minister des Staatsdepartements Robert Lansing hat dem schwedischen Gesandten in Washington am 18. d. M. folgende Note zugestellt:

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. Oktober zu bekräftigen, mit der Sie eine Mitteilung der R. und A. Regierung von Österreich-Ungarn übergeben haben. Der Präsident hat mich beauftragt, Sie zu bitten, durch Ihre Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung folgende Antwort zu übermitteln:

Der Präsident fühlt sich verpflichtet, der österreichisch-ungarischen Regierung zu sagen, daß er auf die jetzigen Vorschläge der Regierung nicht eingehen kann, und zwar wegen gewisser Ereignisse von kürzlicher Vergangenheit, die sich seit seiner Rückkehr vom 8. Januar ergeben haben, und die notwendig die Haltung der verantwortlichen Regierung der Vereinigten Staaten geändert haben. Unter den 14 Friedenspunkten, die der Präsident zu jener Zeit formuliert hat, befindet sich auch der folgende: Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den Nationen er gesichert und verbürgt zu sehen wünscht, sollte die erste Gelegenheit autonomer Entwicklung, die sie bietet, gegeben werden. Seit dieser Zeit geschrieben und dem Ratgeber der Vereinigten Staaten vorgelegt wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegsaustausch zwischen den Tschechen und Slowaken einerseits und den Kaiserreichen Deutschland und Österreich-Ungarn andererseits besteht, und daß der tschech-slowakische Nationalismus eine de facto kriegsführende Regierung ist, die im Besitz der Autonomie ist, die sie in der Lage hat, in militärischen und politischen Angelegenheiten die Tschechen-Slowaken zu leiten. Ebenso hat die amerikanische Regierung in vollem Umfange die Möglichkeit der nationalen Selbstregungen für die Zukunft der Slawen und für ihre Freiheit anerkannt. Präsident Wilson ist daher nicht länger in der Lage, eine bloße Autonomie dieser Völker als Grundlage des Friedens anzunehmen, sondern er ist verpflichtet, darauf zu dringen, daß die Völker und nicht der Kaiser beherrscht sein sollen, welche Maßnahmen auf

## Die dänische Regierung verlangt Volksabstimmung über Nord-Sleswig.

Zu Reichstagsfreien verläutet, daß die dänische Regierung, unterstützt von den norwegischen und schwedischen, an Deutschland eine Note gerichtet habe, die in lokaler Form der Reichsregierung nabelegt, den § 5 des Vager Friedens ausführung zu lassen, wonach der Bevölkerung des Nord-Sleswigs von Schleswig-Vorläufer durch eine Volksabstimmung Gelegenheit gegeben werden soll, über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden.

Von den dänischen Vätern findet Politiken diese Forderung selbstverständlich in einer Zeit, da das Nationalitätsprinzip herrsche, und erwartet eine friedliche Lösung. Das Blatt schreibt: Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung unserer berechtigten nationalen Sehnsüchte im Einverständnis mit unseren Nachbarn im Süden erfolgen kann. Wir sehen nicht, was Deutschland abhalten sollte, ein Land wieder abzutreten, dessen Bevölkerung nicht deutsch war, und dessen Angliederung an das Deutsche Reich für diese weniger einen Nachschuß als eine Quelle einbringen würde.

Sozialdemokraten, das sich gleichfalls mit der Frage befaßt, nimmt Abstand von den übertriebenen und tendenziösen Auffassungen. Das sozialistische Blatt erinnert daran, daß in den Stockholm Konferenzen von den dänischen, schwedischen, norwegischen und holländischen Delegierten die Forderung angenommen wurde, es sei wünschenswert, daß diese Frage durch ein freundschaftliches Übereinkommen zwischen den beteiligten Ländern auf der Grundlage einer Grenzregulierung nach vorangehender Volksabstimmung gelöst werde. Auf diese Begrenzung auf das Nationalitätsrecht und auf die Herbeiführung einer friedlichen Schlichtung ist großes Gewicht zu legen.

## Die Entente verlangt die Schiedsgerichtsbarkeit.

Aus holländischer Quelle wird gemeldet, die Entente habe von Holland die Abführung der Schiedsgerichtsbarkeit an Belgien verlangt. Wilson hat sich diesem Vorgehen ebenfalls angeschlossen. Von einer Abstimmung der Bevölkerung wird nicht gesprochen. Politische Kreise erklären hierin, falls die Abstimmung bekräftigt werden sollte, einen Verzicht der Alliierten, Holland in den Krieg hineinzuziehen, um die Provinz Westflandern gegebenenfalls einzuverleiben zu können.

## Die Schonung der geräumten Gebiete.

Das Sanger Blatt hat Belgien und bringt folgende Meldung: Ein hier aufgenommener drahtloser Telegramm befragt: An alle Generäle und Offiziere der Westfront. Ich verweise nochmals auf die durch mich im Generalquartiermeister wiederholt ergebene Befehle, daß bei der Räumung besetzten Gebietes lediglich militärische Bestrebungen auszuführen sind. Darin dürfen die durch die Kriegshandlungen notwendig sind.

Einbebung.

Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihren Bestrebungen genügen dürften, ebenso in ihren Ansprüchen wie in ihren Rechten und Bestimmungen als Mitglieder der Völkerrfamilie.

## Das Manifest des österreichischen Kaisers.

Aus Wien wird uns geschrieben: Das Verfassungsmanifest des Kaisers hat Entschlossenheit hervorgerufen. Welt ist ein Zeichen, einengemessen nachsicht und nicht die Fortsetzung des Krieges, sondern die Einsetzung einer Gesamtregierung gegenübertritt, von der man heute schon nicht weiß, was und was sie eigentlich betrifft, da nach dem Willen der Völker der Gesamtstaat noch nicht mehr besteht, von dem sich die losgelagert haben, in letzter Zeit sogar deutschbürgereiche „Volksräte“, die doch gewöhnlich etwas zu spät aufwachen. Wann sollte erwartet und wird verlangt, daß aus jedem Nationalrat eine nationale Regierung hervorgeht, und dieser auch die Verwirklichung anvertraut wird, damit eben der Nationalrat nicht zu den übrigen „Räten“ dazukommt, deren Vorschläge nach Belieben bekräftigt werden, sondern zum Organ der nationalen Willensbildung wird. Ein zweites aber ist es, daß die Bildung eines Staatenbundes als Voraussetzung oder selbstverständliche Folge des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Völker angesehen wird. Das widerspricht aber vollständig den Tatsachen, die heute schon vor-

liegen. Weder die Tschechen noch die Slowaken begnügen sich mit dem Staatenbunde; sie würden es als besondere Gnade ihrerseits betrachten, wenn sie sich zur Personalmehrheit herbeilassen, statt z. B. die Republik zu erklären. Und die Deutschen? Sie sind vorläufig noch ziemlich feilsch gewesen. Aber es ist ganz sicher, daß sie nicht gewillt sind, als Maß eines österreichischen Staatenbundes zuzustimmen, wenn alle übrigen Völker dem alten Desterreich beistimmen. Es ist sehr zweifelhaft, ob sie gut daran tun würden, sich mit den anderen Völkern innerhalb eines Staatenbundes zu vereinigen. Vorläufig merken sie von dem Segen der übrigen sich selbstbestimmenden Völker, insbesondere der Tschechen, aber auch der Polen, nur, daß sie systematisch ausgehungert werden. Und in einem definitiven Staatenbunde könnten sie leicht nicht nur materiell, sondern auch politisch ausgehungert werden. Die Deutschen müssen sich, wie es schon in einem früheren Stadium die tschechisch-demokratische Bevölkerung ausgesprochen hat, die vollständige Freiheit vorbehalten, über ihre Zugehörigkeit zu entscheiden, d. h. aber auch ihren Anschluß an das Deutsche Reich zu verweigern.

Die unmittelbare Wirkung des tschechischen Manifestes wird nicht leicht nicht groß sein. Die Tschechen insbesondere scheinen nicht Lust zu haben, auf Unterhandlungen mit den anderen Völkern einzugehen. Sie besagen damit, auf der Internationalen Friedenskonferenz an den Ententemächten trügliche Förderer ihrer Bestrebungen zu haben und sich mehr herauszuschlagen zu können, als durch innerösterreichische Verhandlungen. Auch die anderen Völker werden aber schließlich gefolmet sein, unter der Führung einer Regierung zu verhandeln, die das Vertrauen auch nicht einer einzigen Nation genießt. Infolge dieser Schwächen wird aber der Verleugungsprozess immer größer Fortschritte machen. Man erzählt sich, daß tschechische Abgeordnete dem Ministerpräsidenten auf seine Frage, wie sie sich zu Deutsch-Böhmen stellen, ganz jählich genantwortet hätten, darüber brauche sie jetzt nicht zu verhandeln; sie würden darüber mit ihrem künftigen Nachbar Deutschland unterhandeln, mit dem sie ja auch andere Fragen, wie die Elbe-Schiffahrt usw. regeln müßten.

## Glück auf, Deutsch-Oesterreich!

Am Montag konstituierte sich der Staat Österreich aus dem, was einst der Anhang und stets der Kern Österreichs gewesen ist, und aus den deutschen Ländern, die nach und nach dazu kamen, erhielt ein neuer Staat, der sich eben von dem Gift der nationalen Kampfe, der sich endlich den natürlichen Aufgaben eines modernen Staates wird zuwenden können. Um ein auf das alte Österreich gestütztes Wort Ernst Kautskers besser zu verwenden, rufen wir größten: Der Staat muß leben!

In der allen gegen Serrenalle der inneren Staat zu Wien steht unter anderen stillen grauen Fälschen auch der Niederösterreichische Landtag. Hier treten in Normaz die Stände des Erzbischofums Osterreich unter der Enns, und hier war es, am 13. März 1848 eine begeisterte Menge den Hof erstürmte. Ein junger Student, Adolf Fischhof, sprach dem Brunnern zur Verarmung. Er sprach vom neuen Österreich, das nun sich bilden. Amittler der Revolutionen wurde entwicelt die der Plan für Österreich als einen Bundesstaat freier Völker, die ihre nationalen Angelegenheiten völlig selbständig regelten, ohne einander hineinzuziehen. Als die Bonaparte der Reaktion den nach Krenier in Wägen verlegten Revolutionen-Reichstag auseinanderdrängten war er gerade dabei, ein Verfassungsprojekt zu beschließen, das auf der Grundlage der nationalen Autonomie ruhte.

Es sollte nicht selten sein. Fast auf den Tag liebzig Jahre sind es her, daß der große Reichstag des Reichsausschusses, dessen Zehnjährigkeit der Völkerrfamilie für das eigene Land, der letzten Jahrzehnte für ganz Europa, sieben Jahrzehnte des Stillstands und der Rückständigkeit für Österreich, bis es jetzt von seinen volkstümlichen Beherrschern ganz in den Abgrund gestürzt worden ist.

Nun will es sich neu erheben. Das Programm von 1848, wieder aufgenommen von der Sozialdemokratie auf dem Gesamtösterreichischen Parteitag zu Brünn 1901, seiher unangefochten gedruckt in Wort und Schrift in Parlament, Verfassungen, Zeitungen und Büchern, ist heute der Erfüllung nahe. An eben der Stätte, wo 1848 zur die nationale Autonomie der Völker Österreichs verhandelt wurde, gründet sich aus eigenem Recht der Staat Deutsch-Osterreich. Da sich die befreiten Völker der Tschechen, Kroaten, Ruthenen usw. mit ihm zum Bunde gesellen wollen, wird sich bald zeigen. Dem Volk Deutsch-Osterreichs braucht in keinem Fall ein jener Zustand bang zu sein. Unter tschech-demokratischer Führung stellt es sich auf den Boden seines eigenen Rechts. Die Gemeinschaft mit dem deutschen Volk im Reich und der starke sozialdemokratisch-internationale Einfluß, beides gleichmaßen verpersönlicht in dem Wirtshaus des Singer Programms von 1882, dem Einiger des deutsch-österreichischen Proletariats, Völker Welt, verdammen sich jetzt zu einem neuen Reich, befreit von dem volkstümlichen Staat und so oft volkstümlichen Völkerrath.

R. VERNER.

## Sozialdemokratie und Südslawenfrage.

Der Südslawenfrage widmet Herrmann Wenzel im neuesten Heft der Neuen Zeit eingehende Ausführungen. Der Verfasser stellt mit Recht über das Verhalten der bürgerlichen Presse, den Gesamtinteressen der österreichischen Nationalitätenprobleme aus dem Bunde zu geben und endlich die südslawische Frage als ein geschichtliches Lebensproblem zu jener Zeit, da sich die entnationalen Nationen der Deutschen und Magyaren in die politische Anrechnung und wirtschaftliche Ausbeutung der slawischen Bauernvölker teilten. Auch bei dem Ausbruch von 1867 waren die südslawischen Bauernvölker noch immer zu unentwickelt, um sich politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verschaffen. Die Slawen wurden durch den Deutschen, die Kroaten den Magyaren als Deutsche hingeworfen. Durch eine raffinierte Verleumdung wurde die politische Wichtigkeit dieser Völker in ein inaktives Südslawen System gedrängt.

Seinen Schöpfern ist dieses System für die Ewigkeit gefügt, aber die wirtschaftliche Entwicklung unterwarf sich allmählich den Grundlagen von 1867. Der unerbittliche Revolutionär Kapitalismus drang lärmend und aufsteigend in die weltgeschichtlichen börslichen Abfällen der flammigen Bauern ein, wachte die geistigsten Väter zum nationalen Selbstbewußtsein, durchdrang sie mit dem Gefühl ihrer Zahl und Kraft und ließ sie Recht heischend, mit ungeheurer Faust an die Tore der Staatsmacht hämmern. In den letzten Jahren übertrug sich diese Entwicklung, und schneller als selbst hoffentlich Beobachter glauben konnten, veränderte sich in den führenden Schichten der Armeen, Gerben und Glommen die akademische Erkenntnis, daß die drei verächtlichen Rassen ein und dasselbe Volk bedeuten, in unmittelbarer wirkende lebendige Kraft: es erzie Partei münzt die Sozialdemokratie dieses Bewußtsein in politische Bewegung um; schon Ende 1900 stellte die süßliche soziale Sozialisten Konferenz zu Karbach, auf der Dalmatien, Arien, Kroaten und Bosnien betreten waren, an die Spitze ihres Programms den Satz: Die Südslawen Ceteris-Parvo betrachten als Genoski ihrer nationalpolitischen Vorehrungen; die böhliche nationale Einigung aller Südslawen, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit des Namens, des Glaubensbekenntnisses, der Rechtsprechung und der Mundarten oder Sprachen. Sie wuchs sich auch die anderen Parteien diesem Ziele näherten und je mehr die Volkswasser dafür entflammten, desto mehr verlor der Dualismus, auch den Polen, Tschechen und Italienern längst preisgegeben, den Boden unter den Füßen und wurde aus einer Stärke eine Schwäche der Monarchie.

## Der Krieg im Westen. Der deutsche Abendbericht.

mit. Berlin, 20. Oktober abends. (Amst.) Gestrichen von Kretsch darnern bestige Kämpfe an. Heiderseitig von Solesmes und Le Cateau sind auf breiter Front starke Angriffe des Feindes gescheitert. Gefolgsreiche Teilkämpfe im Cerre-Abchnitt und auf den Höhen westlich der Niere. Gestrichen von Kogiered wurden feindliche Angriffe abgewiesen.

Berlin, 20. Oktober. Weisung und Vohnhof Denain wurden am 17. Oktober mit 90 Schuß mittleren und schweren Kanonen beschossen.

Berlin, 20. Oktober. Denain wurde am 18. Oktober von den Engländern mit allen Kanonen beschossen; schwerer Feuer lag besonders auf den Bahnhöfen und der Rue de Villers. zehn von den einwohnern wurden getötet oder verwundet. Die Stadt Le Cateau lag am 18. Oktober abermals unter feindlichem Artilleriefeuer. Am 18. Oktober besaß der Feind Truppen mit schwerem Kanonen. Der Ort St. Jergueug (nordöstlich Nethel) wurde gleichfalls am 18. Oktober von feindlicher Artillerie beschossen.

### Oesterreichischer Heeresbericht.

mit. Wien, 20. Oktober. Amtlich wird verlautbart: An der Südbach-Front keine besonderen Ereignisse.

In Albanien werden unsere Bewegungen ohne nennenswerte Wirkung durchgeführt.

Heiderseitig der südlichen Morana sind Kämpfe des Feindes abgeklungen worden. Jajcar ist von den Serben besetzt.

Der Chef des Generalstabes.

### Türkischer Heeresbericht.

mit. Konstantinopel, 19. Oktober. Palästinafront: Der Feind hat die von und vor einigen Tagen kampflös geräumte Stadt Samt besetzt.

In Mesopotamien führten feindliche Erkundungsstruppen gegen unsere Klaviere vor.

Sonst nichts Neues.



## Die französischen Sozialisten gegen den Schaudinismus.

Genf, 20. Oktober. Die sozialistische Fraktion der Kammer hat am Donnerstag eine Aussprache abgehalten über die Mittel zur Bekämpfung der in Frankreich anwachsenden nationalistischen Tendenzen, die darauf abzielen, das Programm Wilsons durch einen rassistischen Amerizationstribunal zu ersetzen. Die Fraktion hat beschlossen, im Parlament und in Versammlungen gegen die Eroberungspolitik aufzutreten und sich für die Durchführung dieser Aktion mit dem allgemeinen Gewerkschaftsausflug zu verbinden. In der Kammer selbst haben die Sozialisten die von ihm in Aussicht gestellten Interpellationen gefordert noch nicht eingebracht.

## Frauenwahlrecht in Frankreich.

Der Berichterstatter über die Wahlrechtsreform schlägt vor, die Frauen bei Gemeinde-, Bezirks- und Departementwahlen mitwählen zu lassen. Sie sollen für den Gemeinderat auch wählbar sein, wenn sie das Alter von 20 Jahren überschritten haben. Die weiblichen Gemeinderäte sollen aber als Delegierte zu den Senatswahlen nicht zugelassen werden.

## Wo bleibt Siebnacht?

Das Berliner Tageblatt folgert aus dem Wortlaut des Amnestiegesetzes, daß eine Begnadigung nicht unter ihn fällt, das Siebnacht nicht von einem außerordentlichen, sondern vom ordentlichen Kriegsgericht beurteilt worden ist.

Der Vorwärts bemerkt hierzu: Wir wissen nicht, ob diese Auffassung zutrifft. Ein sich ist ja zu einer einzelnen Begnadigung nicht ein schwerer Fall notwendig. Aber wir betonen hier mit allem Nachdruck, daß eine Amnestie für politische Vergehen, die nicht auch Karl Siebnacht die Freiheit gibt, einen großen Teil der verständenden und bezeichnenden Wirkung des

Alles verlieren würde. Die Amnestie Karl Siebnachts muß schon deshalb mit aller Energie gefordert werden, weil das Urteil gegen ihn überhaupt nur als Ausfluß der Kriegshysterie zu erklären ist. Selbst die Personen, die es gefällt haben, werden durch den Bericht der Ereignisse inwieweit wohl eingelenken haben, daß es von jedem Standpunkt aus eine Unmöglichkeit war, einen Menschen deshalb zu 4½ Jahr Zuchthaus zu verurteilen, weil er auf dem Volsamer Platz gerufen hat: 'Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung!' Schon viel zu lange hat das Gerechtigkeitsempfinden auf eine Korrektur dieses Urteils warten müssen.

Wenn auch der Regierungshandlung unabhängige Abgeordnete Dittmann in einer Sölinger unabhängigen Versammlung Siebnacht als Präsidenten einer sozialistischen Republik vor-

## Zur Wahl in Berlin I.

Das Berliner Mitteilungsblatt der Unabhängigen widmet dem Wahlausfall in Berlin I eine lange Betrachtung, in der sich Folgendes wie folgt befindet:

Wenn alle Genossen Müller über 600 Stimmen auf seine Person vereinigte, so ist das zwar nicht sehr viel, aber nach Lage der Dinge immerhin eine beachtenswerte Erscheinung, daß selbst im Schloßwahlkreis 600 Leute für uns votierten.

Merkwürdig ist es ganz beachtenswert, mit welcher Stimmzahl hier das flüchtige Resultat von 513 Stimmen rasch nach oben auf 600 abgerundet wird. — Aber die Antwort auf die Hauptfrage lautet man in dem Artikel des Mitteilungsblattes vergebens: Wie gedenken sich die Unabhängigen bei der Stichwahl zu verhalten?

Wichtiglich wird mitgeteilt, daß die Unabhängigen morgen zur Stimmabgabe gehen und die Stichwahlrolle ausgeben wollen. Mögen die Unabhängigen beschließen, was sie für gut befinden. Unserer Partei wird — jetzt oder später — jede ihrer Entscheidungen zum Vorteil gereichen.

## Politische Ueberlicht.

Deutsches Reich.

### Der Reichstagenrat des Reichstages

trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. In der am Dienstag, dem 22. Oktober, um 2 Uhr nachmittags beginnenden Vollversammlung wird zunächst der Reichstagenrat das Wort ergreifen. Anschließend hieran findet eine allgemeine politische Aussprache statt, die voraussichtlich zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen wird.

### Demokratisierung in den Bundesstaaten.

Die zweite heftigste Kammer wird voraussichtlich am 12. November zusammenzutreten. Bis dahin sind, wie in der Sitzung des Finanzauschusses mitgeteilt wurde, auch die sozialdemokratischen Vorschläge auf Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts in den Kommissionen durchberaten und spruchreif.

Die medienburgische Regierung wird ihrem Landtage, der im nächsten Monate zusammenzutreten wird, einen neuen Verfassungsentwurf unterbreiten. Es ist beachtenswert, auch in Mecklenburg das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchzuführen.

### Die Berliner Professoren und die neue Regierung.

In einer Verammlung der Professoren der Universität Berlin wurde gestern einstimmig eine Forderung beschlossen, in der die Ueberzeugung Ausdruck gefunden wird, daß sich Deutschland nur dann heilen kann, wenn es eine gefühlvolle Einheit bildet. Die Professoren stellen sich deshalb fest in den Dienst der neuen politischen Ordnung und die sie vertretenden Regierung. Sie betonen dies als den einzig übrig gebliebenen Weg, auf dem die unerfüllten inneren

# Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Helldorf, hatte mit Vorkämpfern des Reichstages eine Aussprache über die Kriegsanleihen. Es waren mit dem Reichstagspräsidenten Treubach, dem Zentrum die Abgeordneten Erber und Lindemann, von dem Sozialdemokraten die Abgeordneten Gertl und Schwabmann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Helldorf und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Blamer und Fische, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Gieseemann und Kell, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schultz-Dromberg erschienen.

## Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volkvermögen bezeichnet. Unser Volkvermögen steht in der Hauptsache noch unangefastet da.

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsdienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleiheinsinsen in voller Höhe Sorge zu tragen.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsanghöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohltätiger Stiftungen, die unseren Kernfamilien dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gefühllose Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsentragens zu rühren.

## Die Parteiführer des Reichstages

erklären ihre volle Uebereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugefügter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens trägt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden,



Frühe-unter... Professore... Partei... Interessen...

Die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Es zur Klärung... Arbeiter... Lohn... Hunger...

Der "Bruder" Arbeiter soll jetzt helfen!

Nachdem... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Eine Demonstration gegen Zeitungsverbote.

Nachdem... Demonstration... Zeitungsverbote... Presse...

Vom... Demonstration... Zeitungsverbote... Presse...

Die... Demonstration... Zeitungsverbote... Presse...

Friedenspolitik, Unabhängigkeit und Kommunismus.

Frühe... Friedenspolitik... Unabhängigkeit... Kommunismus...

Gerade... Friedenspolitik... Unabhängigkeit... Kommunismus...

Ein... Friedenspolitik... Unabhängigkeit... Kommunismus...

Das... Friedenspolitik... Unabhängigkeit... Kommunismus...

Die Polizeiwachmeister mittlere Beamte.

Der... Polizeiwachmeister... Beamte... Forderungen...

Zwischen Himmel und Erde.

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Während... Zwischen Himmel und Erde... Apollonius...

Deutscher Heeresbericht vom 20. Okt. mit. Großes Hauptquartier, 20. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

In... Westlicher Kriegsschauplatz... Front... Stellung...

Halle und Saalkreis. Halle, 21. Oktober 1918.

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

Die... Halle und Saalkreis... Arbeiter... Hunger... Solidarität...

